# Der Freie Schwarzwälder

## Wildbader Anzeiger und Tageblatt

mit Erzähler vom Schwarzwald.

Erscheint an allen Werktagen. Abonnement in der Stadt vierteljährl. M. 1.35 monatl. 45 Pf. Bei allen württ. Postanstalten und Boten im Orts- u. Nachbarortsverkehr viertelj. M. 1.35, ausserhalb desselben M. 1.35, hiezu Bestellgeld 30 Pfg. Telefon Nr. 41.

Amtsblatt für die Stadt Wildbad.
Verkündigungsblatt der Kgl. Forstämter Wildbad, Meistern, Enzklösterle 2c.
während der Saison mit
amtl. Fremdenliste.

Inserate nur 8 Pfg. Auswärtige 10 Pfg., die kleinspaltige Garmondzeile. Reklamen 15 Pfg. die Petitzeile. Bei Wiederholungen entspr. Rabatt. Abonnements nach Uebereinkunft. Telegramm-Adresse: Schwarzwälder Wildbad.

Nr. 123. Freitag, den 30. Mai 1913. 30. Jahrg.


## Fünfzig Jahre Sozialdemokratie.

Die deutsche Sozialdemokratie hat den Tag festlich begangen, an dem vor fünfzig Jahren Lassalle einen Allgemeinen deutschen Arbeiterverein zusammenbrachte, den man in gewissem Sinn als den Vorläufer der Sozialdemokratie betrachten kann, wenn auch nebenher, und jahrelang viel stärker, eine liberale Arbeiterbewegung ging, in der Bebel und Sonnemann einige Zeit nebeneinander wirkten. Es hat natürlich jetzt nicht mehr viel Sinn, darüber zu streiten, ob es damals möglich gewesen wäre, die sozialdemokratische Absonderung zu verhindern und die Arbeiterschaft im Lager des entschiedenen Liberalismus festzuhalten. Mit Vorwürfen gegen die damaligen Führer des Liberalismus oder mit Betrachtungen über die Eigenart der Persönlichkeit Lassalles, die für die Entwicklung der Dinge wohl entscheidend war, kommt man nicht weiter. Aber nicht ohne Nutzen wird es sein, einmal in großen Zügen zu überschauen, was die Sozialdemokratie in den fünfzig Jahren ihres Bestehens ihren Anhängern und dem deutschen Volke überhaupt gebracht hat.

Begründet wurde die Partei in scharfem Gegensatz gegen alle sozialpolitischen Versuche, die als völlig zwecklos betrachtet wurden. Die gänzliche Umgestaltung der Welt, — die soziale Revolution — wurde als das einzige Mittel dauernder Hebung der unteren Klassen betrachtet. Der allgemeine Kladderadatsch wurde mit mehr oder weniger Bestimmtheit für einen nahen Zeitraum prophezeit und allerdings immer wieder „vertagt." Es ist bemerkenswert, daß Bismarck nicht ohne Genugtuung die Anfänge dieser Bewegung beobachtet hat. Er ist zwar mit Lassalle nicht zu einem Einvernehmen gelangt, aber er hat es gern gesehen, daß der Fortschrittspartei, mit der er in hartem Kampf um die Volksrechte stand, sozusagen im Rücken ein Gegner erwuchs, von dem er hoffen durfte, daß er die freiheitlichen Kräfte zersplittern und so der Regierung und der Reaktion vorarbeiten werde. Den Staatsmann verband mit der erwachenden Sozialdemokratie auch ein gewisses geistiges Band. Der eiserne Kanzler und Karl Marx waren einig in der Schätzung der Macht als stärkster Quelle des Rechts. Beiden war die liberale Grundidee ewiger Rechte und idealer Pflichten teils lächerlich, teils verhaßt. Bismarcks historischer Irrtum war, daß er die Geister, die er rief, unterschätzt hat. Er wollte den Teufel der Fortschrittspartei mit dem Beelzebub der Sozialdemokratie austreiben, aber die deutsche Sozialdemokratie, die Bismarck selbst später mit dem Haß enttäuschter Zuneigung verfolgte, ist gerade durch diese Verfolgungen und durch das Uebermaß von Reaktion zu einer übermächtigen Bewegung angewachsen. Aber das wenigstens ist eingetroffen, was der preußische Ministerpräsident damals sich gewünscht hat: die freiheitlichen Kräfte des deutschen und preußischen Volkes sind dauernd zersplittert worden, und nie wieder hat seit der Gründung der Sozialdemokratie eine Volksvertretung eine so volksfreundliche Mehrheit besessen, wie damals das preußische Abgeordnetenhaus.

Die Sozialdemokratie hat sich eine Parteiorganisation geschaffen, die ihres gleichen nicht in der Welt hat, und schon allein diese Riesenmaschine verbürgt ihre große Erfolge bei Wahlen aller Art und gibt ihr einen Schein von Macht, der ihre Anhänger mit großem Stolz erfüllt und sie verächtlich herabsehen läßt auf die schwächer organisierten Gruppen der bürgerlichen Linken. Man braucht aber nur die sozialdemokratische Literatur zu studieren, um zu bemerken, daß einsichtige Sozialdemokraten offen zugeben und immer wieder betonen, daß der äußeren Machtentfaltung der Sozialdemokratie keineswegs ihr Einfluß auf die Gesetzgebung entspricht. Der Haupttrumpf, den die Sozialdemokratie gegenüber solchen Vorwürfen ausspielt, ist der Hinweis, daß ohne ihr Bestehen die ganze sozialpolitische Gesetzgebung unterblieben wäre. Und gewiß hat der Wunsch, die Sozialdemokratie dadurch zu besiegen, daß man den Wünschen der Arbeiterschaft möglichst weit entgegenkommt, eine Rolle gespielt. Aber gleichzeitig hat die Agitationsmethode der Sozialdemokratie auch zahlreiche Hemmungen geschaffen, die manche Kreise dazu gebracht haben, zu erklären, die ganze Sozialpolitik habe „keinen Zweck", da die Sozialdemokratie ja doch „nie zufrieden" sei. Solche Argumente besagen daher weder viel nach der einen noch nach der anderen Richtung. Jedenfalls aber muß den sozialpolitischen Ruhmestiteln der Sozialdemokratie entgegengehalten werden, daß sie selbst erst allmählich, und getrieben durch die Gewerkschaften, die sie ursprünglich niederzuhalten versucht hat, sich für die sozialpolitische Gesetzgebung wirklich interessierte. Und vor allem muß darauf hingewiesen werden, daß auch ohne das Bestehen einer einseitigen Klassenpartei die Interessen einer so starken, immer wachsenden Volksschicht dank dem allgemeinen Wahlrecht zweifellos starke Berücksichtigung finden mußten. Zweifellos wäre, wenn die Arbeiter parteipolitisch nicht „festgelegt" wären, bis weit hinein in die Reihen der Konservativen der Wunsch vorhanden, eine so einflußreiche Wählerschicht nicht zurückzustoßen, wie das ja auch in England der Fall ist, wo die Arbeiterschaft allen drei Parteien angehört.

Das Entscheidende aber ist, daß die große Machtentfaltung der Sozialdemokratie jenen Aufstieg der Reaktion nicht verhindert hat, wie man ihn vor fünfzig Jahren für gänzlich unmöglich gehalten hätte. Es bleibe dahingestellt, inwiefern hier Ursache und Wirkung zusammenhängt. Aber die Tatsache genügt, daß die politischen Zustände und Aussichten im Deutschen Reich weit unbefriedigender sind als vor fünfzig Jahren, wo man hoffen durfte, im Kampf mit der Regierung eine konstitutionelle, freiheitliche Entwicklung Preußens und des Deutschen Reiches durchzusetzen. Und deshalb ist es freudig zu begrüßen, daß die liberale Arbeiterbewegung, die neuerdings entstanden ist, da einsetzt, wo vor fünfzig Jahren der verhängnisvolle Bruch erfolgt ist. Die liberale Arbeiterbewegung will Bürgertum und Arbeiterschaft zu gemeinsamer politischer Arbeit sammeln und in gemeinsamem Ansturm den aufstrebenden Volksschichten aller Stände den ihnen gebührenden Einfluß verschaffen. Je mächtiger diese Bewegung wird, desto leichter werden auch die Sozialdemokraten den Anschluß finden, die schon längst aus der Isolierung des Klassenkämpfertums heraus wollen.

## Aus dem Reichstag.

DT. **Berlin**, 28. Mai.

Auch die heutige Sitzung des Reichstags ließ an Lebhaftigkeit viel zu wünschen übrig. Man hatte eine erregte Debatte und nicht zuletzt den Reichskanzler erwartet, damit er die sozialdemokratische Interpellation über die Einschränkung des Vereins- und Preßgesetzes in Elsaß-Lothringen beantworte. Aber gleich zu Beginn der Sitzung, die heute ausnahmsweise wegen der Tagung der Budgetkommission in ziemlich vorgerückter Nachmittagsstunde begann, erklärte namens des Reichskanzlers Staatssekretär Dr. Delbrück, daß der Reichskanzler zwar bereit sei, die Interpellation zu beantworten, daß ihm dies aber erst gegen Schluß der Woche möglich sei. Darauf vertagte man sang- und klanglos die Aussprache über diese hochaktuelle Interpellation bis zu dem Tage, an dem der Reichskanzler seine Bereitwilligkeit zur Beantwortung aussprechen würde.

Im Anschluß hieran beriet man über den Entwurf eines Reichs- und Staatsangehörigkeitsgesetzes, sowie über die Abänderung des Reichsmilitärgesetzes und der Wehrpflicht. Eine besondere Kommission hatte schon in den Vormonaten über die Regierungsvorlage eingehend beraten und nach der ersten Lesung im Plenum verschiedene Abänderungen getroffen. Die Vorlage bezweckt im Wesentlichen die Erleichterung der Erwerbung der deutschen Reichsangehörigkeit. Die Regierungsfassung hatte anfangs beabsichtigt, die Häufung der Staatsangehörigkeit in den deutschen Bundesstaaten zu beseitigen, indem sie festgestellt wissen wollte, daß der Erwerber einer neuen Staatsangehörigkeit — von besonderen Fällen abgesehen — den Verlust der bisherigen Staatsangehörigkeit nach sich ziehen sollte. Die Kommission und der Reichstag aber beschlossen, diese Bestimmung zu streichen.

Als erster Redner betrat Dr. Landsberg von der Sozialdemokratie die Tribüne, um die Bedenken seiner Partei zu verschiedenen Bestimmungen des Gesetzes darzulegen. Ihm folgten in der Rednerreihe Dr. Belzer vom Zentrum, Beck-Heidelberg von den Nationalliberalen, der Konservative Dr. Giese, Dr. Blunck von der Volkspartei, der Pole Dombeck, der Reichsparteiler Liebert, der El-

## Nach Waterloo.

Eine Bauerngeschichte aus dem Taunus
von Fritz Ritzel.

10] (Nachdruck verboten.)

„Ich hab' ihn falle' seh'n und hab' noch gesehe', wie hunnerte von dene schwere Küraßreiter iwer ihn ewag sinn'!" erzählte Konrad mit bedeckter Stimme. „Do kann vun eme' lange' Leide' kaa' Red' sei'! Awer de Owend zuvor, wie wir zusamme' uff Feldwach' gelege' hawe', do hot mir dein Heine sei' ganz' Geschicht' verzählt! Verspreche' hab' ich ihm müsse', daß ich dir un' deim Kindche beisteh', wenn ich widder dehaam wär'! Un' daß du dich in allem uff mich verlosse' kannst, deswege' hot er mir des Ringelche' gewe'! Nemm's, Anne Magret, un' glaab' mir, ich helf' dir, wo ich kann!"

„Do braucht's des Ringelche nit, daß ich des glaab', Konrad!" sagte Anne Magret herzlich und streifte den schmalen Goldreif langsam über ihren Finger. „Awer was is' zu helfe'? Der Heinrich werd dir verzählt hawe', wie 's ihm nooch dem Dod von sei'm Vatter gange' is! Nooch Amerika hot er geschriewe', an aan' namens Eulet. Der soll domols Zeige gewese' sein, wie der alt' Schilling mein Mann als sein richtige' Sohn hot einschreiwe' losse'! Antwort is' kaa' vun Amerika komme'! Der Mann werd längst dod und begrawe' sein un' ich un' mei' Liesche könne' in de' Mond gucke'!"

„Nor Geduld, Anne Magret! Es is noch nit aller Tag' Owend! Wer waaß wie's noch kimmt! Ich hab' dem Heine versproche', dir un' dei'm Kindche zu eierm Recht zu verhelfe' — do wolle' wir emol in aller Ruh' überlege', ob nix erauszufinne is!"

„Es is schön von dir, wenn du dich meiner annimmst, Konrad, awer denkst du aach dran, daß, wenn die Schilling'sen des erfährt, die dir dann spinnefeind werd?", mahnte Anne Magret. „Un' reiche Leit' soll mer sich zu Freind' halle'!"

„Ich fercht' mich nit vor ihr un' brauch' ihr Geld nit! Gott sei Dank hab' ich un' mei' alt' Mutter selbst so viel, als wie wir brauche'!"

Und Konrad fragte die junge Frau nach allem, was sich nach dem Tode des alten Schilling ereignet hatte. Neues erfuhr er nicht, denn das Wesentlichste hatte ihm sein Freund Heinrich in jener Nacht vor der Schlacht bei Waterloo schon mitgeteilt. Er ließ sich schließlich den Brief von dem Hochstädter Bürgermeister geben, in welchem die Adresse des nach Amerika ausgewanderten Christian Euler angegeben war und verabschiedete sich mit dem Versprechen, nochmals nach Amerika zu schreiben, da es — wie er meinte — ja möglich sein konnte, daß der von Heinrich seinerzeit abgeschickte Brief verloren gegangen war.

In eigentümlicher Stimmung ging er seinem Gehöfte zu. Es war ihm, als wenn er Gut und Leben für die Frau, welche er soeben verlassen, einsetzen müsse, als wäre er vor eine Aufgabe gestellt, deren glückliche Lösung ihm die höchste Befriedigung gewähren müsse.

5.

Wenn man die Hochebene, auf welcher das Dörfchen Dornschied liegt, etwa eine Stunde durch Wald, Feld und Weideland nordwärts wandert, so gelangt man an ein tief in das Gebirgsland gerissenes Tal, das Jammertal. In ungeheuer steilen, fast lotrechten Wänden stürzen die mit niedrigem Buschwerk bewachsenen Hänge in die Tiefe, in welcher der Törsbach sich in vielen Windungen durch die schluchtartige Ende drängt und mit seinen Wassern einer Reihe von malerisch gelegenen Mühlen Kraft spendet. Mächtige Felspartien bauen sich von dem Grunde des Tales empor und verleihen der Gegend einen fast alpinen Charakter, welcher Eindruck noch durch die auf einigen der üppigen Wiesen weidenden Kühe und Rinder verstärkt wird. —

Nach mehreren trüben, regnerischen Wochen lag seit einigen Tagen gleißender Sonnenglanz auf der romantischen Landschaft. Mit dem Gemurmel des Baches mischte sich schmelzender Amselschlag, das lustige Zwitschern der Finken und Meisen und anheimelnd tönten dazwischen zuweilen die einzelnen Klänge der Glöckchen, welche das weidende Vieh am Halse trug. Sonst tiefe Stille, nur vom Summen der Bienen und Hummeln durchzittert, die auf der reich mit Blumen übersäten Wiese von Blüte zu Blüte gaukelten. Doch jetzt ein schriller, nervenangreifender Ton — wie ein scharfes Zischen und metallisches Klingen dringt er von der Biegung des Tals herüber, wo dasselbe einen ziemlich breiten Kessel bildet. Auch dieses Klingen paßt zu dem reizenden Landschaftsbilde, denn dort auf der Wiese steht ein schlankgewachsener junger Bursche mit hellem Kraushaar und wetzt die Sense, mit welcher er schon einen Teil der üppig um ihn her flutenden Graswoge niedergemäht hat. Am jenseitigen Ende der Wiese, dicht am Bachufer, ist ein gebückter Alter ebenfalls mit Mähen beschäftigt; mit gleichmäßig langsamen, an den Gang einer Maschine erinnernden Bewegungen, handhabt er das in der Sonne bei jedem Sensenstrich aufblitzende Gerät, nur zuweilen innehaltend, um sich entweder zu schneuzen, oder ein frisches Priemchen Kautabak in den von weißen Stoppeln umgebenen Mund zu schieben. Dabei schweift sein Blick wie fragend nach dem jungen Schnitter hinüber und wie ein listiges Lächeln ging es über sein Gesicht, als er sah, mit welchem Eifer sich der junge Mann seiner Beschäftigung hingab. Mit weit ausholenden Sensenstrichen fuhr er in die hochstehenden Halme und gönnte sich kaum Rast, um von Zeit zu Zeit mit seinem buntgewürfelten Taschentuche den Schweiß von der Stirne abzutrocknen. Bei einer solchen Gelegenheit begegnete sein Blick dem forschenden Auge des Alten und unwirsch fuhr er diesen an:

„No, was guckst du? Host du mich noch nit gesch'n?"

„Warum soll ich nit gucke'? Die Katz' guckt jo aach de' Kaiser an!" war die in gemächlichem Ton gegebene Antwort. „Gesehe' hätt' ich dich schun oft, awer so schanze' hab' ich dich noch nit gesehe'! Mer hawe' jo Zeit! Oder willst du noch emol uff die Grundmühl' enunner, eh' wir haam gehe'?"

„Was babbelst du? Warum dann uff die Grundmühl'? Ich wüßt' nit, was ich do verlore hätt'!" fragte der Bursche entgegen, wobei er eine gewisse Verlegenheit nicht verbergen konnte.

„Eich glaab', dem Müller sei' Pauline wart' uff dich!" sagte der Alte lauernd. Der Bursche, welcher sich einen Augenblick abgewendet hatte, fuhr erschreckt herum.

„Wer hot des gesagt, Kaspar?" entfloh es rasch seinen Lippen.

„Wer des gesagt hot, Hansjörg? Des kann' ich dir schun verrote! Wie ich heit' mittag an der Grundmühl' vorbei bin, do hot mir die Pauline aus dem Fensterche gerufe', ich sollt' emol zu ihr kumme'! Was sie dann wollt', hab' ich gefrogt! '— Ei, ob du heit' nit in die Wiese gingst! — Der Hansjörg isch schun dort, hab' ich gesagt! — Vorbeikumme' is er awer nit, hot sie do gemaant! — Weil er de' Fahrweg nit gange' is, weil er den himmelsteile' Kaane' Pod erunner is — der Pod is näher, hab' ich gesagt! — So, der Pod is näher, hot sie do gemaant und is mit ihr'm Scherzezippel iwer die Aage' gefahre, grad' als wollt' sie greine'! Dann is sie in die Stub', hot e' Päckelche Tuwack geholt und hot gefrogt, ob ich nit e' Bestellung ar dich ausrichte' wollt'! — Warum dann nit? sagt ich, und hab' das Päckelche Tuwack eingesteckt. — Ei — sagt' sie do mit ene ganz ritzerote' Gesicht — sag' dem Hansjörg, wenn er heit' owend nit emol zu mir käm', dann käm ich uff Sunndag zu ihm eruff uff de' Hof!"

(Fortsetzung folgt.)

LANDKREIS CALW Kreisarchiv Calw

sässer Haegy und Herzog von der Wirtschaftlichen Vereinigung. Wesentlich neues wurde durch die Debatte nicht zutage gefördert. Hierauf wurde § 1 des Gesetzentwurfes, der die Definition des Begriffes „Deutscher Reichsbürger" enthält, in der Kommissionsfassung angenommen.

Der Präsident des Hauses schlug hierauf Vertagung vor. Ehe man auseinanderging, erteilte das Haus dem Präsidenten die Ermächtigung, dem Kaiser zum Regierungsjubiläum die Glückwünsche des Reichstags zu überbringen. Auch die Schriftführer und Nestoren sollen sich daran beteiligen. Die bürgerlichen Parteien des Hauses spendeten den Worten des Präsidenten lebhaften Beifall. In der Sitzung vom Donnerstag werden kleinere Vorlagen zur Verhandlung kommen.

•

### Die Geschäftslage des Reichstags.

Der Seniorenkonvent des Reichstags trat zusammen und beschloß, die ganze nächste Woche sitzungsfrei zu lassen. Am Montag und Dienstag der nächsten Woche wird auch die Budgetkommission keine Sitzungen abhalten, und zwar mit Rücksicht auf die preußischen Landtagswahlen, die die Anwesenheit vieler Abgeordneten in der Heimat erfordern. Die zweite Lesung der Wehrvorlage soll erst in der übernächsten Woche und zwar Dienstag den 10. Juni beginnen. Sollten die Fraktionen mit diesem Termin nicht ohne weiteres einverstanden sein und eine Geschäftsordnungsdebatte im Plenum darüber gewünscht werden, so würde dies am Montag den 9. Juni, am Schlusse der Sitzung durchgeführt werden. In dieser Woche sollen außer dem Staatsangehörigkeitsgesetz noch die vorliegenden kleineren Gesetzentwürfe (Weltwechselrecht, literarisches Abkommen mit Rußland usw.) und am Ende der Woche die Interpellation über das elsaß-lothringische Ausnahmegesetz auf die Tagesordnung kommen.

•

**Der Wehrbeitrag.** Zu dem Gesetzentwurf betreffend den Wehrbeitrag ist ein nationalliberaler Antrag eingebracht worden, der eine Staffelung vorsieht. Der Beitrag beginnt bei Vermögen von 30 000 Mark mit 60 Mark und steigt allmählich, bis er bei Vermögen von 500 000 Mark die Höhe von 2250 Mark erreicht. Von einer halben bis zu einer ganzen Million Vermögen soll er für jedes angefangene Hunderttausend 600 Mark mehr, bei Vermögen über eine Million für jedes angefangene Hunderttausend 700 Mark mehr betragen. Bei Einkommen über 20 000 bis 50 000 Mark soll der Beitrag ohne Rücksicht auf das Vermögen 1 vom Hundert, bei 50 bis 100 000 Mark 2 vom Hundert, bei mehr als 100 000 Mark 3 vom Hundert betragen. — Das Zentrum hat einen Antrag eingebracht, der zur Deckung der Heeresvorlage fordert eine Abgabe vom Vermögen und zwar ¼ Prozent bei einem Vermögen von über 50 000 Mark, steigend bis 1 Prozent bei Vermögen von über 100 000 Mark; ferner die Erhebung einer Einkommensteuer, beginnend mit 1 Prozent bei einem Einkommen von 70 000 Mark, steigend bis 10 Prozent bei einem Einkommen über 300 000 Mark.

---

## Die Wehrvorlagen in der Budgetkommission.

**Sitzung vom 28. Mai 1913.**

Die Budgetkommission des Reichstags trat heute in die

**zweite Lesung der Wehrvorlagen**

nach einer längeren Geschäftsordnungsdebatte ein.

In dieser Debatte erklärte ein **sozialdemokratischer** Abgeordneter kurz, seine Freunde seien mit dem sofortigen Eintreten in die zweite Lesung der Wehrvorlage einverstanden.

Der Redner der **Konservativen** präzisierte den Standpunkt seiner Freunde dahin: gleichzeitig mit der weiteren Beratung der Wehrvorlage sei die Frage der Deckung zu klären. Sie würden alles daran setzen, dies Ziel zu erreichen, und sie würden es für einen Fehler betrachten, wenn die Vorlage ohne Deckung erledigt würde. Er richte namens seiner Freunde an die Regierung die Frage, wie sich die Regierung zu der gleichzeitigen Erledigung der Wehrvorlage und der Deckungsvorlagen stelle.

Reichsschatzsekretär **Kühn** bezeichnete es als selbstverständlich, daß die Kosten nicht auf Anleihe genommen würden, sondern daß jedenfalls noch im Laufe des Sommers die Frage der Deckung erledigt werde.

Ein **nationalliberaler** Abgeordneter erläuterte den Standpunkt seiner Parteifreunde dahin: Sie hielten die Verabschiedung der Wehrvorlage für unbedingt notwendig, dabei seien sie aber überzeugt, daß es möglich sein werde, noch in diesem Sommer auch die Frage der Kostendeckung zu erledigen.

Ein **fortschrittlicher** Abgeordneter erklärte, seine Freunde hielten die Erledigung der Deckung ebenfalls für notwendig, sie sähen aber nicht ein, daß zur Erreichung dieses Zweckes eine bestimmte Reihenfolge in der Behandlung der vorliegenden Fragen notwendig sei. Die Erklärung des konservativen Redners scheine ihm eine Einladung zu enthalten, die Beschlußfassung über die eine Frage von der Erledigung der anderen Frage abhängig zu machen und alle geschäftsordnungsmäßigen Mittel anzuwenden, um die Wehrvorlage bis nach Erledigung der Deckungsfrage zu verzögern.

Darauf erwiderte der **konservative** Redner, es liege ihm ganz fern, eine solche Einladung zur Verschleppung der Wehrvorlage ergehen zu lassen. Im Gegenteil würden seine Freunde eine solche Verschleppungstaktik entschieden niederkämpfen. Wenn sowohl der Schatzsekretär, wie auch der nationalliberale Redner von der Erledigung der Deckung „im Laufe des Sommers" gesprochen hätten, so sei das keine Antwort auf die Frage, die er gestellt habe. Er wiederhole deshalb seine Frage dahin, ob die Regierung entscheidenden Wert darauf lege, daß die Deckungsfrage soweit geklärt sein müsse, daß beide Vorlagen zusammen erledigt werden könnten.

Schatzsekretär **Kühn** erklärte darauf, von seiten der verbündeten Regierungen würde mit voller Entschiedenheit gefordert werden, daß bis zur Erledigung der Heeresvorlage auch die Deckungsfrage ihre Klärung gefunden habe.

Diese Erklärung wurde auf Wunsch des **konservativen** Redners dem Protokoll einverleibt.

Ein **Zentrums**-Abgeordneter erklärte, was bereits früher über die Stellung des Zentrums gesagt worden sei, bleibe bestehen. Wehrvorlage und Deckungsvorlagen bildeten materiell eine Einheit und könnten nur einheitlich erledigt werden. Wenn die nationalliberalen und fortschrittlichen Redner mit ihren Erklärungen sachlich dasselbe bekunden wollten, dann gut, sonst aber würde es zu bedauern sein, daß in unnatürlicher Weise die beiden zusammengehörigen Fragen auseinander gerissen würden, und daß es bei Lösung der beiden Fragen zur Bildung verschiedener Mehrheiten kommen werde.

Hierauf wurde der Beschluß, in die zweite Lesung der Wehrvorlage einzutreten, gegen 13 Stimmen der Konservativen, des Zentrums, des Polen und des Elsässers gefaßt.

Anschließend an die Abstimmung erklärte der Vertreter des **Zentrums** zur Geschäftsordnung im Namen seiner Fraktion, seine Freunde hielten einmütig und geschlossen an dem Grundsatze fest: keine Ausgaben ohne Deckung. Sie würden an der zweiten Lesung der Wehrvorlage einmütig mitarbeiten, sich aber ihre definitive Stellung zur ganzen Vorlage vorbehalten.

Sodann begann die sachliche Beratung der Wehrvorlage in zweiter Lesung.

Ein Antrag der Sozialdemokraten, den Staatssekretär des Äußern zu bitten, den Verhandlungen beizuwohnen, wurde gegen die Stimmen der Antragsteller und des Polen abgelehnt.

Im Vordergrunde der Beratung stand die Frage der Kavallerievermehrung — die Kommission hatte in erster Lesung von den angeforderten 6 neuen Kavallerieregimentern mit 16 gegen 12 Stimmen nur die Hälfte bewilligt, nach einem fortschrittlichen Antrag.

Der **Kriegsminister** begründete an Hand einer der Kommission vorliegenden Denkschrift erneut die Forderung in zum Teil vertraulichen Angaben und führte besonders an, warum eine Verschiebung der Regimenter aus dem Innern, speziell der Garde, an die Grenze nicht möglich sei. Die in letzter Zeit in Frankreich geplanten Verstärkungen an der Grenze in Verbindung mit der dreijährigen Dienstzeit machten die Vermehrung unserer Kavallerie im Westen noch erforderlicher.

Ein **fortschrittlicher** Redner wandte sich lebhaft gegen das von der Regierung geforderte Maß an Kavallerievermehrung, bemängelte das Festhalten an der Gruppierung der Kavallerie, von der man sehr wohl einen Teil aus dem Innern des Landes an die Grenzen verlegen könne, bestritt die Beweiskräftigkeit der vom Kriegsminister angeführten Kavallerieattacken in den Kriegen der letzten Jahrzehnte und betonte die hohen Kosten der Kavallerie. Drei Regimenter seien das äußerste, was seine Freunde bewilligen könnten. Die Regierung verdiene aber auch kein größeres Entgegenkommen, weil sie noch so berechtigten Wünschen des Reichstags kein Gehör schenke.

Generalleutnant **Wandel** erläuterte den Unterschied der Zahl der Eskadrons im Kriege und im Frieden, und erklärte, die Bedeutung der Kavallerie sei durch das Luftfahrwesen nicht herabgemindert, wie dies in Frankreich und England ausdrücklich festgestellt sei.

Bayerischer Generalmajor **Wenninger** erörterte die Gründe, welche nicht gestatteten, aus den letzten Kriegen auf die Verwendung von Kavallerie auf einem mitteleuropäischen Kriegsschauplatz zu exemplifizieren; man könne aber auch aus den Kriegen auf dem Balkan, in der Mandschurei usw. lernen, wieviele Gelegenheiten versäumt worden seien, durch Kavallerie Erfolge zu erringen.

Der **nationalliberale** Redner stimmte der Regierungsforderung zu, indem er davon absah, seinen in erster Lesung gestellten, aber abgelehnten Antrag auf Bewilligung von 4 Regimentern zu wiederholen, da Aussicht auf Annahme auch jetzt nicht vorhanden sei. Aber die Zahl „3" sei durch nichts begründet, ja durchaus unsachlich.

Ein **sozialdemokratischer** Redner polemisierte gegen den bayerischen Militärbevollmächtigten und wollte von einer erheblichen Verschlimmerung der politischen Lage Deutschlands nichts wissen. Für die Regierung seien bei der ganzen Frage weniger militärische, als höfische Interessen maßgebend.

Der **Kriegsminister** wies aus Erklärungen früherer französischer Minister nach, daß der Entschluß zur dreijährigen Dienstzeit in Frankreich nicht die Folge der deutschen Wehrvorlage sei; diese Wehrvorlage enthalte keine Bedrohung. Der Minister machte weiter vertrauliche Angaben und fuhr fort, da wir nach unserer geographischen Lage zwei Grenzen zu verteidigen hätten, könnten wir nicht einseitig eine Grenze besonders stark belegen, sondern müßten uns in der Mitte eine Reserve halten, die je nach der Kriegslage im Osten oder Westen verwendet werden könne.

Ein anderer **sozialdemokratischer** Abgeordneter behauptete gegenüber dem Minister, es sei doch Tatsache, daß die französische Heeresvorlage eine Folge der deutschen sei. Das Ergebnis werde eine weitere Verhetzung in Frankreich gegen Deutschland sein. Die deutsche Regierung hätte lieber Verständigungsversuche mit Frankreich unternehmen sollen. Redner bedauerte, daß sich die Regierung über ihre Stellung zu den Wünschen der Kommission nicht geäußert habe.

Der **Kriegsminister** erwiderte, nicht in der Lage zu sein, eine bindende Erklärung der Regierung über die Resolutionen abzugeben; die Stellung der Heeresverwaltung sei bei der Beratung jeder Resolution zum Ausdruck gekommen; nachdem diese Resolutionen durch Plenum und Bundesrat gegangen seien, werde jede einzelne eingehend und sehr ernstlich erwogen; aber in einer halben Stunde ließen sich keine Gesetze machen.

Der Vertreter der **Fortschrittspartei** betonte, es handle sich zum Teil um 10 Jahre alte Wünsche des Reichstags, zu denen die Regierung sich nicht äußere.

Ein **polnischer** Redner verlangte bestimmte Antwort des Ministers über ganz positive Fragen, die ihm in der Kommission vorgetragen worden seien und die nur sein Ressort beträfen.

Der **Kriegsminister** betonte erneut, daß er bei jeder Resolution Stellung genommen habe und es unmöglich sei, bei einigen Resolutionen Stellung zu nehmen, ohne vorher noch andere Stellen zu befragen.

Ein **sozialdemokratischer** Redner wandte sich gegen den Militärboykott und betonte, in Sachsen seien Milderungen im Militärboykott eingetreten. Er fragte, ob der preußische Minister in gleichem Sinne verfügen wolle.

Der **Kriegsminister** verlas die Verfügung vom Jahre 1905 über den Militärboykott und wiederholte, es ließe sich jetzt nicht sagen, bis wann eine Antwort über die Resolutionen erteilt werden könne. In der Boykottfrage seien die allgemeinen Bestimmungen klar. Es handle sich um die Aufrechterhaltung der Disziplin. Eingeschritten könne nur werden, wenn der einzelne Fall klar gestellt sei.

Die Kommission lehnte hierauf abermals die Regierungsvorlage auf Errichtung von 6 neuen Kavallerie-Regimentern ab und bewilligte wie in der ersten Lesung die Hälfte.

Für die abgelehnte Regierungsvorlage stimmten: die Konservativen, die Nationalliberalen und vier von sieben Mitgliedern des Zentrums.

Nach kurzer weiterer Debatte beendete die Kommission die zweite Lesung der Wehrvorlage.

Nächste Sitzung Donnerstag: erste Lesung des Wehrbeitrages.

---

# Deutsches Reich.

**Aus Deutsch-Südwestafrika** kommt die Meldung, daß die Hereros, die nach dem Aufstande in der Umgegend des Ngami-Sees auf englischem Gebiet eine Zufluchtsstätte gefunden hatten, diese Gegend verlassen und nach der deutschen Grenze zu gezogen seien. Veranlassung zu dem Wechsel der Wohnsitze sollen Streitigkeiten mit den früheren Gastfreunden, den Betschuanen, wegen der Häuptlingsfolge gewesen sein. Die Windhuker Zeitung „Südwest" weist darauf hin, daß Vorsicht dringend am Platze sei, da die in Frage kommenden Hereros nicht nur mit Vieh, Pferden und Wagen, sondern auch mit Waffen und Munition reichlich versehen seien.

**Besteuerung der Lebensversicherung.** Der Verband deutscher Lebensversicherungsgesellschaften fordert in einer Eingabe an das Reichsschatzamt folgende Aenderungen in dem Vorschlag bezgl. eines Reichsstempels für Lebensversicherungsprämien: 1. Der Stempelsatz von 1 Prozent der Barprämie ist zu hoch, er muß wesentlich ermäßigt werden, wenn es nicht möglich sein sollte, ganz auf die Besteuerung der Lebensversicherung zu verzichten; 2. die Grenze für die Besteuerung der kleinen Lebensversicherungen ist zu eng gezogen, es müssen alle Versicherungen bis zu 5000 Mark, mindestens aber bis zu 3000 Mark steuerfrei bleiben; 3. die im Entwurf vorgesehene Erhebungsart der Steuer nicht in Form eines Prämienstempels, sondern wie bisher in den Einzelstaaten in Form eines Policen- oder Vertragsstempels einzuziehen.

**Berlin,** 28. Mai. Die Hauptfeierlichkeiten am 16. Juni zum Regierungsjubiläum des Kaisers werden mit der Beglückwünschung durch die gesamten Bundesfürsten einsetzen.

**Karlsruhe,** 28. Mai. Bei der heutigen Bürgermeisterwahl in Rastatt wurde Oberamtsrichter August Renner, auf dessen Kandidatur sich Zentrum und Nationalliberale geeinigt hatten, mit 71 von 90 Stimmen auf 9 Jahre zum Bürgermeister gewählt. Renner, der 1872 geboren ist, wird sein Amt bereits am 1. Juli antreten.

**Freiburg i. Br.,** 28. Mai. Der nationalliberale Landtagsabgeordnete für Donaueschingen-Engen, Josef Hilbert ist heute hier an einem Leberleiden gestorben.

**Berlin,** 28. Mai. In Berlin hat sich heute eine große Anzahl bekannter Persönlichkeiten aus den verschiedensten Städten Deutschlands zu einer deutsch-schwedischen Vereinigung zusammengeschlossen, deren Zweck es ist, die gegenseitigen Beziehungen zwischen Deutschland und Schweden auf dem Gebiete der geistigen und wirtschaftlichen Kultur zu pflegen und zu fördern. Zu der gleichen Zeit ist in Stockholm eine schwedisch-deutsche Vereinigung mit dem gleichen Ziel von bekannten einflußreichen schwedischen Persönlichkeiten ins Leben gerufen worden.

---

# Württemberg.

## Württembergischer Landtag.

sk. **Stuttgart,** 28. Mai.

Zu Beginn der Sitzung ging Minister von **Fleischhauer,** auf die gestern von den verschiedenen Rednern berührten Fragen ein. Bezüglich der neuen Prüfungsordnung vom Jahre 1913 stellte er fest, daß der Zugang zu den höheren Verwaltungsämtern sein einer Reihe von Jahren zwar wesentlich nachgelassen habe doch glaube er nicht, daß das auf die Prüfungsordnung sondern eher auf die schlechten Vorrückungsmöglichkeiten zurückzuführen sei. Für die Aufhebung der Kreisregierungen liegen Beschlüsse beider Häuser vor; daß trotzdem die Frage immer wieder aufgerollt werde, beweise, wie wichtig sie sei. Die Ersparnisse, die durch die Aufhebung erzielt würden, seien nicht groß und dürften auch im letzten Grund nicht den Ausschlag geben. Der eigentliche Grund, weshalb die Aufhebung immer wieder gefordert werde scheine ihm darin zu liegen, daß es die Kreisregierungen nicht verstanden haben, sich beim Publikum beliebt zu machen. Das sei auf die den Kreisregierungen zugewiesenen Aufgaben zurückzuführen. Trotz vieler Schwierigkeiten haben die Kreisregierungen jedoch ihre Pflicht im großen ganzen erfüllt. Da er sich aber überzeugt habe, daß der Auflösungsprozeß der Kreisregierungen schon sehr weit vorgeschritten sei, werde er demselben nicht entgegenarbeiten. Von der Befolgung dieses Standpunktes könne er nur abgehalten werden, wenn sich unzweideutig zeigen sollte, daß das Haus heute in dieser Frage eine andere Stellung einnimmt. Die Beschleunigung des Verfahrens erfordere, daß der Instanzenzug auf zwei Behörden beschränkt werde. (Sehr richtig.) Bezüglich der Beschleunigung der Nachwahltermine werde die Regierung Erwägungen anstellen. Für die Anatomie könne die Frage des Leichenkaufs nicht in Betracht kommen. Es wäre erwünscht, daß die führenden Kreise des Volkes ihre Leichen der Anatomie zur Verfügung stellen. Bezüglich der Selbstmörder sei eine Aenderung der Bestimmungen notwendig. Auch bezüglich der Insassen der Landesarmenanstalten und Irrenanstalten äußerte sich der Minister entgegenkommend. Ebenso in der Frage des Apothekenwesens. Sodann verteidigte er die oberländische Ueberlandzentrale. Derartige Werke haben immer eine Monopolstellung und es sei daher besser, wenn die erzielten Ueberschüsse wieder der Allgemeinheit zu gute kommen als einer Privatgesellschaft. Bezüglich des Vereinsgesetzes bestehe kein Zweifel, daß ein Name genannt werden muß bei öffentlichen Einladungen. Wo das bisher nicht gefordert wurde, sei das nur ein Entgegenkommen der Polizei gewesen. Daß er an den bewährten Grundlagen des nationalen Wirtschaftslebens festhalten werde, habe er wiederholt betont. (Beifall rechts und in der Mitte.) Bezüglich der Frostschäden teilte er mit, daß die Regierung in den letzten Tagen eine Vorlage ausgearbeitet habe, die den Weingärtnern durch die Einrichtung von Notstandsarbeiten und durch Gewährung von Darlehen an Gemeinden zur Bekämpfung der Reblaus Entschädigung gewähren soll.

**Andre** (S.) teilte mit, daß seine Fraktion dem Haus durch einen Antrag Gelegenheit geben werde, erneut zur Frage der Kreisregierungen Stellung zu nehmen. Er polemisierte weitschweifig gegen die Volkspartei, wobei er wiederholt von dem Präsidenten ermahnt wurde, die Debatte nicht zu verschleppen, um welche Ermahnungen er sich aber nicht im geringsten kümmerte.

**v. Gauß** (Volksp.) erklärte, daß er auf die Anrempelungen Andres mit Rücksicht auf die Geschäftslage nicht eingehen wolle und kam dann auf den Zolltarif zu sprechen, durch den wertvolle Industrie zu Gunsten der Landwirtschaft belastet worden sei. Er betonte, daß in der Angelegenheit der oberschwäbischen Ueberlandzentrale jedenfalls die Behörden nicht für vorurteilsfreie Aufklärung und Belehrung gesorgt hätten. Er hoffe, daß die Regierung die endgültige Genehmigung nur erteilen werde, wenn die Rentabilität nachgewiesen sei. Die Regelung des schweren Automobilverkehrs sollte nicht länger hinausgeschoben werden. Der Nachweis, daß die Kreisregierungen auch heute noch unentbehrlich seien, sei nicht erbracht. Jedenfalls lasse sich nicht in Abrede stellen, daß die Abschaffung eine Vereinfachung darstelle. Seine Partei sei überzeugt, daß die Forderung der Aufhebung an sich so populär sei, daß sie auch ohne starke Mitwirkung der Regierung durchgeführt werden könnte. Man könne es der Regierung allerdings nicht übelnehmen, wenn sie eine erneute Stellung des Landtags abwarte. Der Redner erwähnt noch einmal den Fall des Freudenstadter Stadtschultheißen, der bei einem Königstoast über einen ihm zugegangenen Zahlungsbefehl wegen Steuerrückstand sich aufgehalten hat. Er bezeichnet das als eine grobe Geschmacks- und Taktlosigkeit, die jedoch unter keinen Umständen die Einleitung eines Disziplinarverfahrens rechtfertige.

Minister des Innern **v. Fleischhauer** nimmt das Oberamt Freudenstadt in Schutz, das dem Stadtschultheißen nur auf den Anruf des Kameralamts eine Rüge erteilt habe. Er verteidigt sich gegen den Vorwurf, daß er als Mitglied des Staatsministeriums die Denkschrift über die Staatsvereinfachung erst vorgelegt hat, nachdem bereits die Aufhebung der Kreisregierungen festgelegt sei. Abg. Dr. **Lindemann** (Soz.) erwidert dem bündlerischen und Zentrumsredner auf deren Verteidigung

LANDKREIS CALW Kreisarchiv Calw

der gegenwärtigen Wirtschaftspolitik und verlangt eine Kommunalisierung bezw. Verstaatlichung der Apotheken. Was die Staatsvereinfachung anlange, so könnte man schon eine „Vereinfachung der Staatsvereinfachungsaktion" verlangen. Der richtige Weg für die Regierung in der Aufhebung der Kreisregierungen wäre der gewesen, daß die Regierung einen Gesetzentwurf vorgelegt hätte, nicht aber einen neuerlichen Beschluß des Landtags abwarte.

Nächste Sitzung Donnerstag Vormittag: Fortsetzung der Beratungen.

### Erste Kammer.

Präsident Fürst zu Hohenlohe-Bartenstein eröffnete die Sitzung 9¼ Uhr. Das Haus beginnt mit der Beratung der Anträge seines Finanzausschusses zu den Beschlüssen der Zweiten Kammer zum Kultetat. Am Regierungstisch Kultminister v. Habermaas. Ueber die Verhandlungen im Finanzausschuß berichtet Staatsrat v. Buhl. Der Ausschuß beantragt zu Kap. 45 (Ministerien und Kollegien) Zustimmung zu den Beschlüssen des anderen Hauses, dagegen dem Beschluß betr. die Schulpflicht der Tiroler Hütekinder nicht beizutreten. Nach kurzer Aussprache tritt das Haus den Anträgen seines Ausschusses bei. Bei Kap. 48 (Besoldungen der evang. Kirchendiener) beantragt der Ausschuß Zustimmung, dagegen dem Beschlusse des anderen Hauses betr. die Ueberschreitung des Etatsatzes in der grundsätzlichen Erwägung, daß dem Ermessen der Staatsregierung nicht vorgegriffen werden sollte, nicht beizutreten. Nach kurzer Debatte wird der Antrag mit einem Zusatz des Staatsrats v. Planck angenommen, der „die volle Anerkennung der kirchlichen Bedürfnisse" betont. In Konsequenz dieses Beschlusses wird dann auch dem Ausschußantrag zugestimmt, der die Zustimmung zu dem Beschluß des anderen Hauses zu Kap. 51 (Besoldungen der Kath. Kirchendiener) wegen der bei Titel 5 (neue Pastoratseinrichtungen) vorgenommenen Etatsüberschreitungen ablehnt. Dem Kap. 56 (Universität) wird entsprechend den Beschlüssen des anderen Hauses zugestimmt.

Weiter beantragt der Ausschuß Zustimmung zu dem Beschluß des anderen Hauses, die Regierung zu ersuchen, nachdem die Frage eines Neubaus der Landeshebammenschule in Stuttgart, angeregt ist die Verlegung der letzteren nach Tübingen und ihre Angliederung an die Frauenklinik daselbst, in Erwägung zu ziehen. Nach längerer Aussprache wird der Antrag angenommen. Eine längere Debatte entspinnt sich bei Kap. 58 (Landwirtschaftliche Anstalt in Hohenheim) über die Frage, ob die Direktorialverfassung beibehalten, oder ob die Rektoratsverfassung eingeführt werden solle. Nachdem der Kultminister festgestellt hatte, daß das Ergebnis des vorläufig beabsichtigten Rektoratssystems abgewartet werden müsse, ehe man ein Urteil abgebe, nahm das Haus eine Resolution des Fürsten zu Löwenstein-Wertheim-Freudenberg an, es möge an dem bisherigen Direktorialsystem festgehalten werden. Schließlich trat das Haus dem Beschluß der Zweiten Kammer zu Kap. 60 (Landwirtschaftliche Winterschulen etc.) bei, die Eingaben der Stadtgemeinden und des Landwirtschaftl. Bezirksvereins Ehingen und der bürgerlichen Kollegien von Saulgau und Riedlingen um Errichtung einer landwirtschaftlichen Winterschule im Donaukreis der Regierung zur Erwägung zu übergeben.

**Stuttgart,** 28. Mai. Der in der heutigen Sitzung der Zweiten Kammer von der Zentrumspartei in Aussicht gestellte Antrag für die Beibehaltung der Kreisregierungen hat folgenden Wortlaut: „die kgl. Staatsregierung um Erwägung darüber zu ersuchen, ob nicht insbesondere durch Ausdehnung der Zuständigkeit der Bezirksbehörden, Einschränkung der Aufsicht über die untergeordneten Behörden, Beseitigung von Beschwerdeinstanzen zwecks Vermeidung weiterer Zentralisation einer Vereinfachung der Verwaltung unter Beibehaltung der Kreisregierungen mit Zuziehung der Laien zur Kreisverwaltung in die Wege zu leiten sei".

## Ein deutscher Eisenbahnausschuß.

Als ein erfreulicher Fortschritt auf dem Wege einer weiteren Vereinheitlichung des deutschen Eisenbahnwesens darf die vor kurzem auf Anregung des preußischen Eisenbahnministers ins Leben gerufene ständige Vertretung der deutschen Eisenbahnverwaltungen begrüßt werden, die den Zweck hat, alle das Eisenbahnwesen betreffenden Fragen zu besprechen und so den einzelnen Verwaltungen Gelegenheit zu geben, auch auf rein verwaltungstechnischem Gebiet die gegenseitigen Erfahrungen sich zu nutze zu machen. In freiem Meinungsaustausch, ohne daß auf die einzelnen Verwaltungen ein Druck ausgeübt wird, sollen hier strittige Fragen besprochen und praktische Erfahrungen allen Verwaltungen zugänglich gemacht werden. Die erste Konferenz soll bereits im nächsten Monat stattfinden. Weiter ist geplant, die bestehenden Leitungsvorschriften demnächst einer Revision zu unterziehen. Es ist anzunehmen, daß dabei auch die württembergische Verwaltung entsprechend den im Landtag neulich vorgebrachten Klagen über die unwirtschaftlichen, namentlich auch Württemberg stark schädigenden Umleitungen im Güterverkehr nachdrücklich auf eine möglichst weitgehende Beschränkung dieser unwürdigen Konkurrenzierungen hinwirken wird.

Wie sehr eine gegenseitige Verständigung zwischen den einzelnen Bundesstaaten nottut, hat sich erst jetzt wieder gezeigt. Der Stadtrat in Karlsruhe hat im Verein mit der Stadtgemeinde Heilbronn bei der Generaldirektion der badischen Eisenbahnen erneut um die Führung von Eilzügen auf der Kraichgaubahn nachgesucht und dadurch die Anschauung der großherzoglichen Eisenbahnverwaltung, als ob die Städte Karlsruhe und Heilbronn in dieser Frage grundsätzlich nicht einig seien, zu widerlegen versucht. Darauf ist von der badischen Generaldirektion der Bescheid eingegangen, daß sie Bedenken trage, dem geäußerten Wunsche zu entsprechen, weil durch die Ablenkung der Reisenden auf die für Baden kürzere Strecke (über Eppingen statt über Mühlacker-Bietigheim) neben den Zugsförderungskosten eine finanzielle Schädigung der badischen Bahn zu erwarten sei. Die Generaldirektion bedauere daher, dem Gesuch derzeit keine Zusage geben zu können, werde aber bei Aufstellung des nächsten Sommerfahrplans erneut prüfen, ob ihm entsprochen werden kann. — Das ist ein sehr kurzsichtiger Standpunkt!

**Obstruktion und Massenstreik** haben die Stuttgarter Sozialdemokraten unter Westmeyers Führung als geeignete Mittel gegen die Durchführung der Heeresvorlage empfohlen. Das geht augenblicklich selbst dem Berliner „Vorwärts" über die Hutschnur. Er schreibt parteioffiziös: „Die Anwendung der Obstruktion wäre ein untaugliches Mittel, da bei der geltenden Geschäftsordnung und der geschlossenen bürgerlichen Majorität ein Erfolg ausgeschlossen ist. Auch die Anwendung des Massenstreiks wird wohl in der Gesamtpartei unter den augenblicklichen Verhältnissen nicht als ein Mittel erachtet werden, das zur Verhinderung der Heeresvorlagen geeignet wäre. Dazu sind jetzt und in dieser Frage die Voraussetzungen nicht gegeben, Voraussetzungen, die überhaupt nicht künstlich von dem leitenden Organ der Partei geschaffen werden können, sondern aus der politischen und sozialen Situation selbst erwachsen müßten. Wenn also eine von anderer Seite kommende Meldung richtig war, daß die Generalversammlung ein Bedauern darüber geäußert hatte, daß der Kampf im Parlament von der Fraktion nicht energischer geführt worden sei, so halten wir diesen Tadel für unberechtigt."

**Fachausstellung für Papier- und Schreibwaren.** Die von der Ortsgruppe Stuttgart des Verbandes Deutscher Papier- und Schreibwarenhändler in Gemeinschaft mit der Kgl. Württ. Zentralstelle für Gewerbe und Handel vorbereitete Fachausstellung für Papier- und Schreibwaren Stuttgart 1913 macht sehr gedeihliche Fortschritte. Es liefen in den letzten Wochen noch eine Reihe neuer Anmeldungen führender Firmen ein, so daß die endgültige Platzeinteilung vorgenommen werden konnte. Für verspätete Anmeldungen sind noch einige Plätze freigehalten. Die Ausstellung wird anläßlich der in der Zeit vom 26. bis 29. Juli in Stuttgart stattfindenden 11. Tagung des Verbandes Deutscher Papierwarenhändler veranstaltet. Diese Tagung zieht im Verein mit der obengenannten Ausstellung eine große Zahl von Gästen nach Stuttgart, denen die Residenz einen würdigen Empfang bereiten wird. Bis zum 12. August ist die Ausstellung auch für den allgemeinen Besuch geöffnet. Wen in dieser Zeit seine Wege über Stuttgart führen, dem bietet sich Gelegenheit, eine bis jetzt in Württemberg nicht gezeigte Ausstellung zu besuchen. Für Behörden, Vereine, Schulen, Private und Geschäftsleute ist viel Neues und Interessantes ausgelegt. Auskunft über die Ausstellung beziehen Interessenten von dem Verein der Papier- und Schreibwarenhändler in Stuttgart, in dessen Händen auch die nächstens zu erwartende Herausgabe einer Serie offizieller Ausstellungsreklamemarken liegt.

**Der vierte württ. Frauentag** soll am 25. und 26. Oktober in Göppingen abgehalten werden. Er wird veranstaltet vom Verband württ. Frauenvereine, der im Jahre 1906 gegründet wurde und Frauenvereine in Württemberg umschließt, die sich um das Wohl des weiblichen Geschlechts auf geistigem, wirtschaftlichem und sozialem Gebiete bemühen oder sonst der allgemeinen Wohlfahrt dienen. (Vorsitzende Frl. Mathilde Planck). Das in Aussicht genommene Programm ist geeignet, die Teilnehmer in die Aufgaben und Ziele der Frauenbewegung einzuführen.

**Heizung eines Schwimmbades durch Abhitze.** In allen industriellen Betrieben macht sich in den letzten Jahren ein sehr lebhaftes Streben nach wirtschaftlicher Vervollkommnung bemerkbar und namentlich auf dem Gebiete der Verwertung von Abdampf und Abhitze wurden bereits sehr erfreuliche Fortschritte erzielt. Einen recht bemerkenswerten Beitrag zu dieser Frage liefert die im folgenden beschriebene Einrichtung zur Heizung eines Schwimmbades durch die Abhitze der Retortenöfen des Gaswerks, die von dem Gaswerk in Tübingen erdacht und ausgeführt wurde. Es wurde durch praktische Versuche, die während mehrerer Monate an einem der Retortenöfen des Gaswerks angestellt wurden, festgestellt, daß zwei Millionen Wärmeeinheiten täglich aus den aus dem Retortenofen abziehenden Heizgasen und weitere 400 000 Wärmeeinheiten aus der von dem Ofen an die Luft ausgestrahlten Wärme gewonnen werden können. Diese Wärmemenge wurde in Form von Warmwasser gewonnen, und zwar ohne daß irgendwelcher Einfluß nach der technischen oder wirtschaftlichen Seite hin sich bei dem Betrieb des Ofens bemerkbar gemacht hätte. Der Versuchsofen ist ein gewöhnlicher Gaserzeugungsofen mit neun horizontalen Retorten von 4 Meter Länge und war acht Monate ununterbrochen in Betrieb. Es zeigte sich dabei, daß auch die wechselnden Außentemperaturen den Betrieb nicht beeinflussen. Das Gaswerk Tübingen ist zur Zeit damit beschäftigt, noch weitere Verbesserungen anzubringen und Anordnungen konstruktiv durchzubilden. Der in Aussicht gestellten Veröffentlichung einer ausführlichen Beschreibung mit Zeichnungen darf man mit Interesse entgegensehen, da durch diese neue Anlage offenbar eine äußerst wirtschaftliche Wärmegewinnung möglich ist und somit namentlich den großen kommunalen Gaswerken ein Weg gewiesen ist, die in den Abgasen der Oefen enthaltenen, sehr beträchtlichen Wärmemengen für kommunale Zwecke nutzbar zu machen.

---

**Stuttgart,** 28. Mai. Die drei Tage dauernde Möbelmesse in der Gewerbehalle ist schwach befahren. Sie geht übrigens von Jahr zu Jahr immer mehr zurück. Auch die Kauflust läßt sehr zu wünschen übrig. Vertreten sind die verschiedensten Gattungen in einfacher und reicherer Ausführung. Auf dem Gewerbehalleplatz werden Korbwaren feilgeboten. Die Glas- und Porzellanhändler haben wieder den Charlottenplatz belegt.

**Nagold,** 28. Mai. Wie schon vermutet wurde, hat sich bestätigt: Die Sozialdemokratie schließt sich der Volkspartei für Maier-Tuttlingen und Seeger-Gerlingen an. Dagegen erfuhr der Wahlkampf seit gestern eine Wendung, weil die auf Mittwoch angekündigte Bürgerversammlung vom Einberufer, Amtsverweser Schaible, heute wieder abbestellt wurde. Er begründete dies damit, daß durch den aus der Versammlung der Volkspartei hervorgegangenen Wahlvorschlag der allgemeinen Bürgerversammlung vorgegriffen worden sei. Die Konservativen bringen heute den ersten Wahlaufruf für ihren Kandidaten Heyd.

**Tuttlingen,** 28. Mai. Aus Anlaß der Feier des 50jähr. Bestehens des Klosters Beuron stehen für den nächsten Sonntag und Montag große Festlichkeiten bevor. Für den Abend des 1. Juni ist große Beleuchtung mit Feuerwerk vorgesehen. Da der Besuch aus der Umgebung voraussichtlich sehr groß wird, werden am 1. Juni abends Extrazüge von Beuron aus in der Richtung Tuttlingen u. Sigmaringen eingelegt.

**Waldsee,** 28. Mai. Wer die große Mövenniederlassung am Rohrersee noch nie gesehen, der möge es nicht versäumen, jetzt in der Brütezeit, wo man den Werdegang der jungen Möven beschauen kann, nach Rohr zu kommen. Hunderte und Aberhunderte von Eiern und herausschlüpfenden Jungen, sowie von halb- und ganzflüggen Tierchen, kann man in dem hohen Sumpfgras und auf der kleinen Insel sehen, wie auch die in den Lüften kreischenden, um ihre Jungen sorgenden alten Möven.

---

# Nah und Fern.

### Dynamitpatrone und Federhalter.

In Schmiechen bei Blaubeuren hatte der ehemalige Polizeidiener Kneer aus früheren Jahren, als er Steine gebrochen, noch eine Dynamitpatrone übrig. Nach dreißig Jahren fiel es ihm nun ein, aus der Patrone einen Federhalter herzustellen. Durch das Bohren entlud sich der Sprengstoff und verletzte Kneer an der linken Hand so, daß ihm der Daumen, der Zeig- und Mittelfinger vollständig weggerissen wurden. Die Finger wurden derart zugerichtet, daß sie gar nicht mehr erkenntlich waren.

### Der Aronstab.

Wenn die Bewohner von Undingen und Willmandingen in den Wald kommen, so suchen sie sich gegenwärtig den immer seltener werdenden Aronstab. An seinem Blütenstande wollen sie den Ertrag des Klees, der Kartoffel, des Weines, der Sommerfrucht und der Winterfrucht ersehen. Für heuer besagt die Deutung des Volkes (nach einem Bericht des Rentlinger Generalanzeigers): das Fehlen der Blütenhülle zeige das Ausbleiben des Klees an. Die vielen Stempelblüten weisen auf eine reiche Kartoffelernte. Selbst der Wein bleibt nicht aus, was aus den zahlreichen Staubgefäßen zu ersehen ist. Die Sommerfrucht soll gut gedeihen, dies zeigt das Vorhandensein der starren Haare an, welche die Blütenfrucht verschließen. Besonders ertragreich ist endlich die Winterfrucht, worauf der gut ausgebildete, obere Teil des violett gefärbten Kolbens hinweist. Mögen die Hoffnungen unserer Bauern nicht betrogen werden! Zugleich aber auch die Mahnung: Reißet den Aronstab nicht unnötig ab, da er jetzt schon nicht mehr allzu häufig in unseren Wäldern anzutreffen ist.

### Zweimal Fremdenlegionär.

Aus Birkenfeld (Hessen) schreibt man der Kl. Pr.: Im September werden es 18 Jahre, daß der Sohn der Witwe Möller von Gonnesweiler bei Birkenfeld von französischen Werbern in Straßburg aufgegriffen wurde. Er kam in die Fremdenlegion und diente damals seine 5 Jahre ab; er stellte sich dann freiwillig der Militärbehörde in Metz, die ihn in ein dortiges Infanterie-Regiment einreihte. Möller, der es bei der Legion zum Sergeanten gebracht hatte, konnte den scharfen Drill und die vielen Hänseleien nicht ertragen; eines Tages ging er wieder über die Grenze. Zum zweitenmal mußte er sich auf sieben Jahre für Afrika verpflichten. Durch die anstrengenden Märsche und die schreckliche Hitze wurde die Gesundheit des jungen Mannes schwer erschüttert. Nach Ablauf seiner Dienstzeit war er körperlich und geistig ein gebrochener Mann. In Nancy kam er in ein Lazarett, wo er über ein Jahr krank darniederlag. Nach seiner Wiederherstellung wurden ihm 500 Francs als Pension zugesprochen, die im Wege des Prozesses auf 800 Francs erhöht wurde. Wie er jetzt aus Nancy schreibt, hat ihn das Heimweh so ergriffen, daß er unter allen Umständen nach Deutschland zurück will, trotz der harten Strafe, die ihn hier erwartet.

### Ertrunken.

Beim Baden in der Oder bei Crossen geriet die 15jährige Tochter Margarete des Weinbergbesitzers Keller an eine tiefe Stelle und ertrank. Der Bräutigam ihrer älteren Schwester, der Bankbeamte Otto Hildebrand, aus der Dresdener Straße in Berlin, der ebenfalls mit zwei Schwestern der Keller badete, kam bei dem Versuch, die Ertrinkende zu retten, gleichfalls ums Leben.

### Ein Raubmord.

Der 14jährige Kaufmannslehrling Franz Stein, der beim Postscheckamt in Hannover für seine Firma 191 Mark abgehoben hatte, wurde von einem gut gekleideten etwa 25jährigen Manne nach einem möblierten Zimmer in der Schillerstraße, das der Unbekannte eine Stunde vorher angeblich für seinen Bruder gemietet hatte, verschleppt und durch einen Schuß in den Kopf getötet. Der Täter ist entflohen.

### Selbstmord auf hoher See.

Aus Newyork wird berichtet: Mitten auf dem Ozean hat ein Maschinist des englischen Dampfers „Carmania" Selbstmord verübt, indem er sich vom Sonnendeck ins Meer stürzte. Er fiel dabei auf eine Reisende, ein Fräulein Anna Gaty, die sich gerade über die Reeling lehnte und ins Meer sah. Die Dame wurde verletzt. Es wurde ein Boot ausgesetzt, um den Selbstmörder aufzufischen, was aber bei der bewegten See nicht mehr gelang. Es stellte sich heraus, daß der Selbstmörder ein verabschiedeter und heruntergekommener Offizier der britischen Armee war.

### Kleine Nachrichten.

Dienstag Nacht gingen sehr schwere Gewitter über die fränkisch-hohenlohische Ebene nieder. Teilweise waren sie mit Hagel vermischt. Von verschiedenen Seiten werden Blitzschläge gemeldet, die gezündet haben. So ist in Heutelswinden bei Brettheim eine Scheuer niedergebrannt. In Ochsenwarf bei Mulfingen sind Wohnhaus und Scheune des Bauern Haag bis auf den Grund niedergebrannt.

Das Lastauto der Ochsenbrauerei Aalen stürzte bei Abtsgmünd infolge Versagens der Steuerung eine 5 Meter hohe Böschung hinunter. Das Auto ist total zertrümmert. Menschenleben sind glücklicherweise nicht zu beklagen.

In Nassenbeide bei Bernau wurde der 42jährige Posthalter Bernhard Buchholz auf dem Wege von der Station von einem Unbekannten erschlagen. Er hinterläßt 6 Kinder.

Nach einer Meldung aus Gerona (Spanien) sank auf auf dem Banolas-See ein Motorboot mit 14 Mann Besatzung. 12 Mann davon ertranken.

Es mögen noch so viele Unglücksfälle passieren, so gibt es doch immer wieder Leute, die Erdöl ins offene Feuer gießen. In Waldshut explodierte einem Dienstmädchen bei dieser Hantierung die Erdölkanne, und die Unvorsichtige erlitt lebensgefährliche Brandwunden.

---

# Spiel und Sport und Luftschiffahrt.

### Zeppelinreise Berlin—Wien—Leipzig.

Das neue Zeppelin-Luftschiff „Sachsen" liegt in Friedrichshafen ab 9. Juni zur Fahrt nach Wien bereit. Graf Zeppelin, der das Luftschiff auf dieser großen Reise führt, hat die Absicht, von Wien nach Berlin zu fliegen. Von Berlin soll das Luftschiff nach Leipzig gebracht werden, wo die Einweihung der neuen Luftschiffhalle und die Taufe des Luftschiffs durch den König von Sachsen stattfindet.

### Todessturz eines Fliegers.

Hannover, 28 Mai. Der Flieger Horn hatte heute morgen bei einem Ueberlandfluge einen Motordefekt. Als er landen wollte, überschlug sich der Apparat und stürzte zur Erde nieder. Horn erlitt einen Schädelbruch und war sofort tot. Er war verheiratet und hinterläßt vier Kinder.

**London,** 27. Mai. Aus Montrose wird gemeldet, daß Leutnant Arthur vom Königlichen Fliegerkorps bei einem Flug in der Nähe von Montrose abgestürzt und tot geblieben ist.

**Rom,** 27 Mai. Der Flieger Deroy hat die Strecke von Mailand in ununterbrochenem Flug zurückgelegt und ist gegen 10.10 Uhr bei einem Gut in der Nähe von Rom gelandet. Der Flug verlief ausgezeichnet. Auch Cevasco war bereits kurz nach 10 Uhr in Rom eingetroffen, blieb jedoch wegen des Nebels 2 Stunden lang in der Luft, um eine geeignete Landungsstelle auszusuchen.

---

# Gerichtssaal.

**Stuttgart,** 27. Mai. Vor der Strafkammer in Halle a. S. ist wieder einmal die Angelegenheit des 25 Jahre alten aus einer angesehenen Stuttgarter Familie stammenden Studenten Alfred Brantenhorn verhandelt worden. Er hatte von seinen Eltern 60 000 M geerbt und in kurzer Zeit den dritten Teil davon durchgebracht. Dann lernte er die 21jährige Verkäuferin Margarete Karl kennen und ließ sich in ein Verhältnis mit ihr ein, von dem ihn als er unter ihrem Einfluß an eine Heirat dachte, seine Verwandten gegen Zahlung einer Abfindungssumme befreiten. Der junge Mann, der sich dann mit einer Dame aus gutem Hause verlobt hatte, geriet bald wieder in die Garne seiner Margarete, die einen seiner Freunde, von dem sie glaubte, daß er gegen sie arbeite, mit dem Revolver bedrohte und deshalb wegen Nötigung zu 8 Wochen Gefängnis verurteilt wurde. Bei dieser Gerichtsverhandlung sagte Brantenhorn fälschlich unter Eid aus, er habe von der Nötigung keine Kenntnis gehabt, tatsächlich aber hatte er sie vom Nebenzimmer aus mit angehört. Das benützte die holde Margarete, sobald sie aus dem Gefängnis kam, zu Drohungen gegen ihr reklagenswertes Opfer, das sie mit einer Anzeige wegen Meineids einschüchterte und vor den Dienstboten einen meineidigen Hund schimpfte. Auch erklärte sie vor Zeugen, daß er ins Zuchthaus müsse, wenn er ihr nicht mindestens 20 000 M zahle. So erreichte sie es, daß er mit ihr nach London fuhr und sich trauen ließ. Es ging ihm sehr übel, denn die Margarete lebte gleich darauf mit anderen Männern zusammen und zeigte ihn, als er die Scheidungsklage einreichte, wegen Meineids an, was ihm 9 Monate Gefängnis einbrachte. Nun aber ist das liebliche Wesen wegen Erzwingung der Ehe selber zu 3 Monaten Gefängnis verdonnert worden. Der Staatsanwalt hatte ein Jahr beantragt.

**Ein Senator ins Zuchthaus.** Der amerikanische Senator Stillwell, der der Bestechlichkeit in Verbindung mit der Börsengesetzgebung schuldig befunden wurde, ist vom Gericht in Newyork zu einer Zuchthausstrafe von unbestimmter Dauer, die nicht weniger als 4 und nicht mehr als 8 Jahre betragen soll, verurteilt worden.

LANDKREIS CALW Kreisarchiv Calw

## Lokales.

*Wildbad, 29. Mai.

—* **Heiterer bunter Abend im Kursaal.** Am gestrigen Abend hatten wir wiederholt das Vergnügen, die am vergangenen Samstag debütierten Kabaret-Künstler zu begrüßen und ihre wohlschmeckenden rezenten Gaben zu kosten. Der sehr ansehnliche Besuch der Veranstaltung seitens unserer Kurgäste verlieh dem Ganzen ein vornehmes Gepräge und war Beweis, daß echte heitere Kunst noch ein williges, dankbares Ohr findet. Einen „Gala-Abend" versprach uns Conferencier Kaiser in humoristisch-wohlklingenden Phrasen und stellte uns in seiner Liebenswürdigkeit zuerst den temperamentvollen „Flügeladjutanten" Herrn Werner Günther als musikalisch hochbedeutsames Genie vor, mit dem Bemerken, daß Günther ihr einziger „Adjutant" sei, der vom Budget des Reichstages nicht gestrichen wurde. Mit seinem Spiel, das prägnante Ausdruckskraft und tiefgehendes musikalisches Empfinden verriet, zeigte Herr Günther, daß er das Technische längst überwunden, daß er nur das Künstlerische voll verkörpern, uns seine Gaben in Fülle und Reinheit der Harmonie übermitteln will. Er herrschte und beherrschte seinen Flügel — er zeigte sich als Künstler par excellence. Die Darbietungen und Künste der übrigen Interpretanten von Humor, Chansons und Balladen wollen wir heute nicht näher besprechen, da sich unsere Kritik mit der in Nr. 119 an dieser Stelle vollkommen deckt. Nur eines sei erwähnt Conferencier Kaiser, der „Stern" des Abends war mit seiner Partnerin Lotte Hané großartig in Stimmung, einfach phänomenal. Jean Moreau der Cabaret-Künstler aus dem „ff", mit seinen verführerischen Augen, führte uns mit seinen lyrischen, deutsch-engl. und französischen Chansons in ein Reich der Wunder und stürmischer Applaus bezeugte, daß seine Gaben, wenn oft auch nachdenkend berührend, herzlich aufgenommen wurden. Emmi Lottenbach war reizend und stimmlich wunderbar disponiert. Der gestrige Abend war ein Ehrenabend für die Künstler wie Gäste und waren erstere uns schon liebe Bekannte und bedeutend nähergerückt; wir verließen die Musenstätte mit dem Wunsche, die Künstlerinnen und Künstler als unsere Freunde in nächster Saison wieder begrüßen zu dürfen. Auf Wiedersehen! A. Port.

## Konzert-Programm
des
**Königl. Kur-Orchesters.**
Leitung: **A. Prem,** Kgl. Musikdirektor.
Samstag, den 31. Mai
vorm. 11—12 Uhr (Trinkhalle)

1. Choral: O Schöpfer aller Herrlichkeit.
2. Ouverture „Rosamunde" — Schubert
3. Wiener Fresken, Walzer — Strauss
4. Traumbilder aus „Beerenlieschen" — Göpfert
5. Finale a. d. Op. „Loreley" — Mendelssohn
6. Rosetta, Mazurka — Faust

3½—4½ Uhr (Anlagen)

1. Hurrah Germania, Marsch — Hötzel
2. Ouverture „Ilka" — Doppler
3. Souvenior d'Artiste, Quadrille — Fetras
4. Wie berührt mich wundersam, Lied — Bendel
5. Ein musik. Irrgarten, Potpourri — Schreiner
6. Flamina, Galopp — Herrmann

abends 5—6 Uhr (Kurplatz)

1. Türkischer Marsch — Beethoven
2. Ouv. „Peter Schmoll" — Weber
3. Wiener Stimmen, Walzer — Strauss
4. Ein Abend in Toleda, Suite — Schmeling
5. Nordischer Volkstanz. — Hartmann
6. Gedenkblättchen, Polka — Fahrbach

Abends 8½—10 Uhr im Kur-Saal.
*Operettenmusik-Abend.*

Druck und Verlag der Bernh. Hofmannschen Buchdruckerei. — Verantwortlicher Redakteur: J. V.: A. Port daselbst.

## Bekanntmachung,
**betr. Generalmusterung.**

Sämtliche zur heurigen Generalmusterung gestellungspflichtigen Militärpflichtigen der Jahrgänge 1911, 1912 und 1913, nämlich diejenigen, welche bei der Musterung als **dauernd untauglich** bezeichnet oder zum **Landsturm** I und zur **Ersatzreserve** in Vorschlag gebracht oder für **tauglich** erklärt wurden, ebenso diejenigen, für welche heuer ein Reklamationsgesuch eingereicht worden ist, nebst etwaigen Angehörigen, sowie diejenigen, welche heuer noch **gar nicht gemustert** worden sind, haben zum Zweck ihrer Vorladung am **Samstag den 31. Mai 1913,** nachmittags 6 Uhr auf dem Rathaus **unfehlbar** zu erscheinen.

Wildbad, 27. Mai 1913.

**Stadtschultheißenamt:** Bätzner.

Wildbad.

## Schweineseuche

ist unter dem Schweinebestand des Viehhändlers **Ernst Ochner in Neuenbürg** ausgebrochen, was zufolge oberamtlichen Auftrags hier bekannt gemacht wird.

Den 29. Mai 1913.

**Stadtschultheißenamt:** Bätzner

Stadt Wildbad.

## Vergebung von Zimmerarbeiten

im öffentl. Abstreich am 31. Mai, vormittags 11 Uhr im Sitzungssaale des Rathauses.

Die Einzäunungen an den Böschungen des Schulhauses im Ausmaß von ca. 170 m im Gesamtbetrag von 578 Mk. kommen zur Vergebung. Plan und Voranschlag können an unterzeichneter Stelle eingesehen werden.

**Stadtbauamt:** Munk.

Württ. Handwerker-Landesverband E. V.
Bezirkshandwerkerverein für das Oberamt Neuenbürg
(Sitz Calmbach)

## Handwerker-Versammlung
## in Wildbad.

Am **Sonntag den 1. Juni d. Js.,** nachmittags 2 Uhr findet im Gasthof zur **Eisenbahn** in Wildbad eine

**Handwerkerversammlung**

statt.

**Tagesordnung:** 1. Geschäftsbericht; 2 Wahl des Vertreters zum Verbandstage; 3. Gewinnung neuer Mitglieder; 4 Vortrag über aktuelle Handwerkerfragen, insbesondere über Regelung des Submissionswesens (Referent: **Herr** Malermeister F. Ruß-Stuttgart); 5. Verschiedenes.

Hierzu werden unsere Mitglieder im Oberamt Neuenbürg, sowie alle selbständigen Handwerksmeister des Bezirks freundlichst eingeladen.

Die schweren Zeiten, die jetzt das gedrückte Handwerk durchzumachen hat, erfordern einmütiges Vorgehen unseres Standes; deshalb ist zahlreiche Beteiligung seitens der Handwerker erforderlich, damit man auch in der Oeffentlichkeit unsere Beschwerden und Sorgen, Anliegen und Wünsche kennen lernt.

Mit Handwerkergruß

**Der Ausschuß.**

## Geld-Lotterie
zur Hebung des Flugwesens in Bayern

Hauptgewinn 20000 Mark bar. Ziehung 3. Juni 1913. Lose a 1 Mk 10 Pfg. (inkl. Reichsstemp.) empfiehlt

**C. W. Bott.**

## Einige jüngere Leute

auf den Platz und für die Sägmühle werden gesucht von

**Rehfuß & Comp., Höfen a. d. Enz.**

Wildbad.

## Maurer-Versammlung

Alle hiesigen **Maurer** werden zu der

**Versammlung**

auf **Samstag, 31. Mai,** abends 8 Uhr ins Gasthaus zur „Eintracht" eingeladen.

Pünktliches Erscheinen notwendig.

**Mehrere Maurer.**

## Sanitasbrod

empfiehlt **Th. Bechtle.**

## Königliches Kurtheater

Sonntag abend
Erste Vorstellung
**Die fünf Frankfurter.**
Lustspiel in 3 Akten
von Carl Rößler.

## Zum Servieren

wird ein

**Mädchen**

sofort gesucht. Zu erfragen bei der Exp. d. Bl. 69

## Firmaschild

für **Zigarrengeschäft** gesucht. Von wem? sagt die Expedition d. Bl.
67

Ein tüchtiger

**Fuhrknecht**

kann sofort eintreten

**Robert Silbereisen,**
Neuenbürg.

## Radfahrer-Verein
**Schwarzwald**
**Wildbad.**

Am **Samstag den 31. Mai d. J.,** abends 8 Uhr

**Versammlung**

im „Grünen Hof".

Vollzähliges Erscheinen dringend notwendig.

**Der Vorstand.**

NB. Am Sonntag 1. Juni Ausfahrt nach Freudenstadt. Näheres in der Versammlung.

## Zu verkaufen.

2—3 Stück gute

**Gaisen**

(rehfarbig) hat zu verkaufen, wer? sagt die Exp. d. Bl. 65

## Brief-Marken

kauft Badegast. Näheres **Hotel Concordia,** Zimmer 31.

## Weiss- und Rot-Weine

(über die Straße) in verschiedenen Preislagen empfiehlt

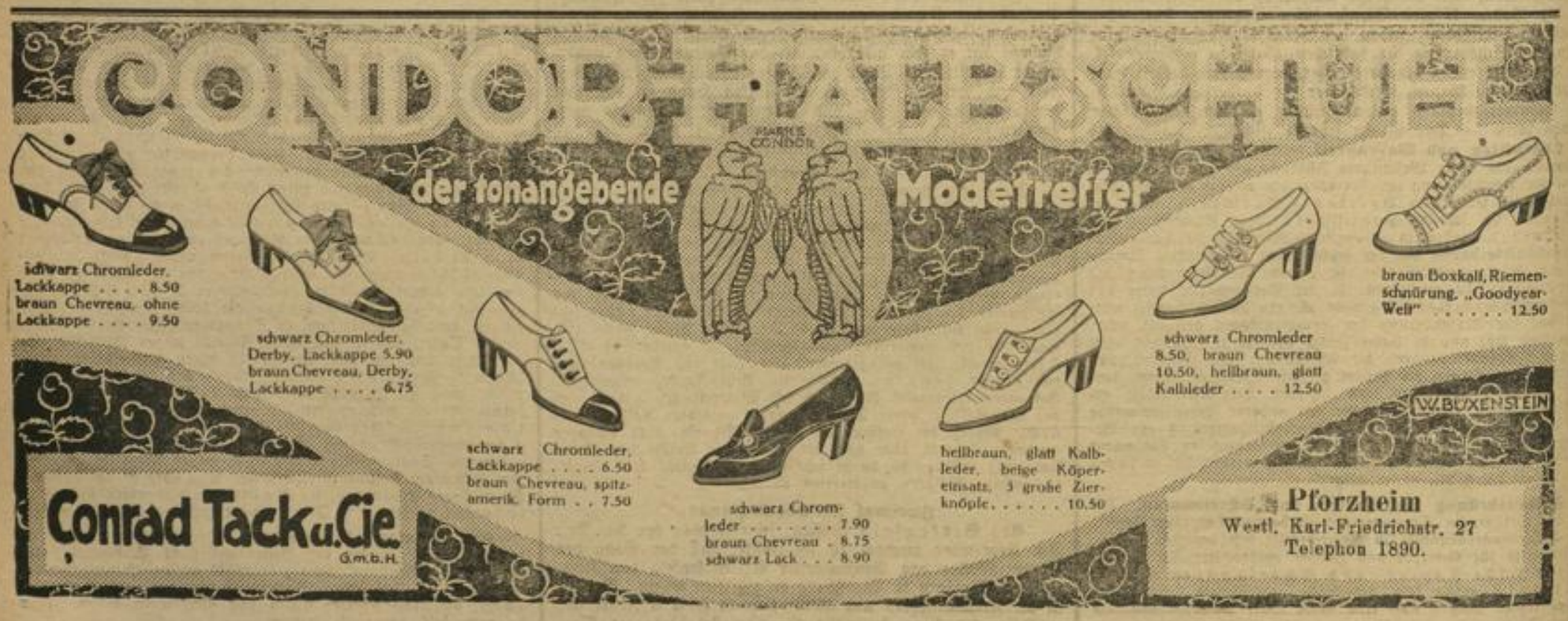
**Fr. Kessler,**
Weinhandlung.

Union-Kinematograph im Saal des Gasthofs z. Alten Linde in Wildbad. — Sonntag den 1. Juni: 2. Teil des herrlichen, historischen Dramas

# Königin Luise I.

Mit verschiedenen hochinteressanten Einlagen :: Für Kinder Beginn von 6 Uhr ab. Abends 8 Uhr für Erwachsene.

Zu zahlreichem Besuche ladet ergebenst ein **Karl Rometsch.**




LANDKREIS CALW Kreisarchiv Calw